



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/198 - 29. August 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Haas und die Konsularrechte	S. 1
Die Lage in Ungarn - Von Imre Szelig, Vorsitzender der ungarischen Sozialdemokraten im Exil -	S. 3
Kasernenhof für Halbstarke? - Von Holmut Schmidt (Hamburg), MdB.	S. 4
Die neue Stellung der "östlichen Volksvertretungen" in der Zone	S. 6

## Situation voll Widersinn

5. Botschafter Dr. Wilhelm Haas, der nach der Darstellung des Auswärtigen Amtes auf eigenen Wunsch nach Bonn gekommen ist, berichtete dem Bundesaußenminister über die Schwierigkeiten bei seiner Arbeit in Moskau. Es ist für niemanden ein Geheimnis geblieben, dass sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die fast genau vor einem Jahr vertraglich fixiert wurden, immer mehr verschlechtern haben. Die Atmosphäre ist mehr als frostig, aber offenbar hat der Bundeskanzler es von Anfang an nicht anders gewollt.

Der Austausch von Botschaftern wurde als Gegenleistung für die Rückgabe der Kriegsgefangenen vereinbart, nicht um das deutsch-sowjetische Verhältnis ins Reine zu bringen. Das wird mit jedem Tag klarer. Als sich darum vor Kurzem Botschafter Haas darüber beklagte, aus Bonn nicht einmal eine politische Marschroute mit auf den Weg bekommen zu haben, war dies nur eine Bestätigung dafür, dass Bonn die Funktionen der Botschafter am liebsten in solche von Briefträgern gehobenen Ranges bewerten möchte. Darum war auch der Botschafter Scriin, der sich mit dieser subalternen Rolle nicht begnügen wollte und sollte und der eine bemerkenswerte Aktivität entfaltete, ein so unbequemer Mann.

Die Schwierigkeiten, mit denen Haas in Moskau zu kämpfen hat, rühren zum Teil daher, dass es an festen Vereinbarungen über die konsularischen Befugnisse der deutschen Botschaft in Moskau fehlt, deren Umfang und Charakter nach amtlicher Version ja auch der Hauptpunkt

das Bonner Gespräch des Botschafters sein soll. Bundeskanzler Adenauer hatte bei seinen Moskauer Verhandlungen im September 1955 ausdrücklich vernieden, das Gespräch überhaupt auf konsularische Angelegenheiten zu lenken, weil er verhindern wollte, dass die Sowjets unter Umständen den Aufbau eines sowjetischen Konsularnetzes in der Bundesrepublik als Gegenleistung für besondere konsularische Rechte der deutschen Botschaft in Moskau hätten verlangen können. Sowjetische Konsulate in allen grösseren Städten der Bundesrepublik wären unerwünscht gewesen. Dennoch hätten die konsularischen Befugnisse der Moskauer Botschaft genau festgelegt werden müssen, weil sich teils durch das Nebeneinander von zwei deutschen Botschaften in Moskau, teils durch umstrittene Staatsangehörigkeitsfragen Probleme ergeben, die nur durch klare Vereinbarungen mit den Sowjets zu lösen wären. Vor allem auch aus dem Fehlen solcher Abmachungen erklären sich die Schwierigkeiten für den Botschafter Haas in Moskau, die in einer allgemeinen Atmosphäre politischer Vereisung dann zu unüberwindbaren Barrieren werden müssen.

Bei den zwangsverpflichteten Technikern am Schwarzen Meer zum Beispiel handelt es sich um Personen, die alle aus der Sowjetzone stammen. Die sowjetischen Behörden bestreiten der Botschaft der Bundesrepublik das Recht, sich um die Rückführung dieser Personen in die Bundesrepublik zu bemühen, weil es sich hier um Einwohner der "DDR" handele. Moskau und Pankow weisen zudem auf ein zwischen ihnen angeblich abgeschlossenes Abkommen in dieser Frage hin, das niemand kennt.

Anders wiederum liegt das Problem bei denjenigen Deutschen, die als gebürtige Ostpreussen oder Balten nach dem Kriege die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Nach sowjetischer Auffassung handelt es sich um Sowjetbürger, deren Ausreise nach Deutschland die Botschaft der Bundesrepublik nicht organisieren darf. Nach deutscher Auffassung haben die Personen aber die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verloren.

Wie ein Botschafter diese verwickelten Probleme in politisch ausgesprochen schlechter Atmosphäre, ohne allgemeinverbindliche Marschroute und eine feste vertragliche Grundlage mit Aussicht auf Erfolg regeln soll, danach wird vermutlich Botschafter Haas in Bonn gefragt haben. Leider gibt es aber noch keine Anzeichen dafür, dass man wegen dieses seines Anliegens, das ja in allererster Linie das Anliegen der Betroffenen selbst ist, das widersinnige Konzept aufzugeben bereit wäre, die Beziehungen zum Kream vollende einfrieren zu lassen.

### Das Ringen um einen neuen Weg

Wann immer in der freien Welt Sozialisten an die Russen herangetreten sind, um über die Lage der Sozialdemokraten hinter dem Eisernen Vorhang zu sprechen, erhielten sie die Antwort, dass diese Länder ganz unabhängig seien und dass Russland nicht daran denken könne, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen.

Im Monat Juni war Suslow, ein Mitglied der russischen Parteiführung, das mit der Beaufsichtigung der Satellitenregierungen betraut ist, auf einer "Privatreise" (in Wahrheit einer Inspektionsfahrt) in Budapest. Kurze Zeit darauf wurden die ungarischen kommunistischen Führer nach Moskau befohlen, wo beschlossen wurde, dass Matyas Rakosi von seinem Posten als Erster Sekretär zurückzutreten habe, und dass Ernő Gerő an seine Stelle treten solle. Soviel über die "Unabhängigkeit" der Satelliten!

Dies ist nicht das erstemal, dass Rakosi entfernt wurde. Das erstemal geschah es im Juni 1953, als er als Ministerpräsident durch Imre Nagy ersetzt wurde. Dies bedeutete damals nicht nur einen Personenwechsel, sondern den Versuch eines wirklichen Kurswechsels.

Rakosis Aufgabe war eine zweifache gewesen: die vollkommene Herrschaft der Kommunisten über Ungarn und die koloniale Ausbeutung dieses Landes für die Zwecke der russischen Wirtschaft sicherzustellen. Die Unterwerfung der ungarischen Wirtschaft unter russische Kontrolle war dabei insbesondere die Aufgabe seines Gehilfen Ernő Gerő gewesen. Dieser war der Vater des ersten ungarischen Fünfjahrplans, der die Schwerindustrie entwickeln sollte, um damit die russische Rüstung zu unterstützen. Als die Arbeiter sich gegen die übermenschlichen Leistungen auflehnten, die dieser Plan von ihnen forderte, wurden sie in Zwangsarbeitslager geschickt.

#### Das Zwischenspiel Imre Nagy

Als Imre Nagy 1953 die Regierung übernahm, sah er zwei Aufgaben vor sich: Gerős Kolonialpolitik wenigstens dem äusseren Schein nach abzubauen, und die Vertrauensmänner der Kommunistischen Partei ihrer persönlichen Sicherheit zu versichern. Daher wurden eingekerkerte Kommunisten freigelassen und wiedereingestellt.

Das dauerte aber nicht lange. Obgleich sich Imre Nagy sehr bemühte, Lösungen im Rahmen der kommunistischen Diktatur und der Wünsche Moskaus zu finden, wurde er von den Tatsachen zu einzelnen Massnahmen gedrängt, die über diesen Rahmen hinausführten. Alsbald beschuldigten ihn Rakosi und Gerő, die führende Stellung der Kommunistischen Partei zu untergraben. Ihre Kampagne machte Nagy bei der ungarischen Bevölkerung populärer, aber in Moskau missliebiger. Nach Malenkows Sturz in Russland kehrten unter dem Namen und dem Deckmantel der "kollektiven Führung" Rakosi und die stalinistischen Methoden nach Ungarn zurück.

Die Opposition wurde allerdings wieder durch den 20. Parteitag in Moskau ermutigt, der den Stalinismus entthronte Rakosi und seine Komplizen konnten nun immerhin gegen die Opposition keine terroristischen Methoden mehr anwenden. Er suchte sich eine Zeitlang durch Konzessionen an der Macht zu erhalten und versuchte sogar eine

Wiederbelebung der "Volksfront", die er so heftig verurteilt und selber zerstört hatte. Die Opposition, die sich am lautesten in dem sogenannten Petöfi-Klub bemerkbar machte, forderte die Durchführung der Beschlüsse des 20. Parteitages. Aber ihre Forderungen gingen noch weiter: bis zum Recht, den "eigenen Weg zum Sozialismus" zu wählen, bis zur Forderung nach gemischter Wirtschaft und der freien Zulassung demokratischer Parteien.

#### Auch Gerö ein Übergang

Die kommunistische Opposition bewarb sich in ihrer Kampagne für die politische Wiederkehr Imre Nagys auch um die Unterstützung der Sozialdemokraten. Die ungarischen Sozialdemokraten aber gaben klar zu verstehen, dass sie an der Politik nicht teilnehmen würden, solange nicht ihre Partei in voller Freiheit und ein freies parlamentarisches System wiederhergestellt seien. Auch die Stalinisten bemühen sich um die "Mitarbeit" der Sozialdemokraten, aber bloss jene "Fusionisten", die 1947 den Verrat an der eigenen Partei durch die Verschmelzung mit den Kommunisten begangen hatten, fielen darauf hinein. Solche Renegaten wie Georg Marosan wurden rehabilitiert und erhielten wieder Posten.

So standen die Dinge, als Moskau eingriff und Rakosi durch Gerö ersetzte. Was kann das ungarische Volk von diesem Wechsel erwarten? Die Antwort ist nicht zweifelhaft: es wird gewiss nicht seinen eigenen Weg zum Sozialismus wählen dürfen. Auch Tito, der die treibende Kraft hinter Rakosis Absetzung war - denn Rakosi war der Haupthetzer gegen den "Titoismus" in Ungarn gewesen -, dürfte nicht ganz mit Gerös Ernennung zufrieden sein.

Unter diesen Umständen kann die Bestellung Gerös nur als ein Übergang, als ein Zwischenstadium in einem Kampf angesehen werden, der mit wachsender Intensität weitergeht. Doch eine Tatsache ist jetzt schon klar: Moskaus Hoffnung, Ungarn mit Hilfe einer gehorsamen kommunistischen Partei und serviler Satrapen wie Gerö niederzuhalten - diese Hoffnung liegt begraben unter den Trümmern des Stalinismus.

Für Ungarn sind jetzt nur zwei Wege offen: Entweder eine Rückkehr zum Stalinismus mit all seinen Schrecken - oder ein Fortschritt zu einem wirklichen Regime des Volkes, gegründet auf Treue zu wirklichen revolutionären Errungenschaften. Es ist keine feste Überzeugung, dass die Kraft der Sozialdemokratie - in meiner Heimat wie anderswo - die Waage auf die richtige Seite: die der Freiheit, senken wird.

\* \* \*

#### "Charakterschule" Militärdienstzeit

Von Helmut Schmidt, MdB.

Wenn es alte Berufssoldaten gibt, die immer noch an die "Schule der Nation" glauben, so sollte es eigentlich möglich sein, über ihre Illusion zur Tagesordnung überzugehen. Wenn aber Sprecher und Zeitungen der Bonner Regierungspartei allen Ernstes die Wehrpflichtgesetzgebung dadurch stützen wollen, dass sie die Lösung des "Halbstarkenproblems" durch die Wehrpflicht in Aussicht stellen, dann ist das bereits - 5 -

grober Unfug. Wenn es sogar Mütter gibt, die darauf hoffen, dass ihrem Jungen wenigstens bei den Soldaten endlich beigebracht werde, sich geordnet in die Gesellschaft der Erwachsenen einzufügen, dann ist so viel naive Unwissenheit und Gutgläubigkeit wahrhaft erschreckend. Denn nun werden auch die jüngeren, an sich vielfach durchaus vernünftigen und aufgeschlossenen Berufssoldaten wieder auf den Irrweg gebracht, sich selbst als den ausschlaggebenden Faktor bei der Charakterbildung des jungen Menschen zu betrachten.

In Wahrheit gibt es das Problem der Halbsterken in allen Ländern - bei uns genauso wie etwa in USA oder in Schweden - und zwar unabhängig von der Wehrpflicht! Bei Erreichen des Wehrpflichtalters ist ja bei der Mehrzahl der seelisch gesunden Jugendlichen die Stufe des "Halbsterken" schon mehr oder weniger überwunden. Sofern sie es nicht ist, so zeigen viele Beispiele der Bundesrepublikanischen Gegenwart, dass jugendliches Rowdytum durch täglichen Kasernenhof und Ausstattung mit einer Uniform keineswegs verhindert wird; insbesondere nicht bei gewissen kriminellen Typen, die charakterlich zurückgeblieben sind. Die Entwicklung der allgemeinen Kriminalität ist daher ebenfalls unabhängig von der Wehrpflicht - man blicke etwa auf die Kriminal-Statistiken solcher Länder, bei denen vor rund 15 Jahren die Wehrpflicht eingeführt worden ist. Die Militärzeit kann aus einem Rowdy nur in Ausnahmefällen einen sittlich gefestigten Menschen machen. In aller Regel führt sie ihn nur zu grösserer Raffinesse bei seiner Tarnung.

Es gibt keinerlei erweisbare Erfahrung, nach der eine ungefähr am Beginn der Volljährigkeit abgeleistete Militärdienstzeit dem Mann für die nachfolgende Periode seiner Erwachsenen-Jahre zu einem grösseren Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Nächsten und der Gesellschaft verhilft. Im Gegenteil, häufig findet gerade in der Episode der Dienstzeit eine Befestigung der "doppelten Moral" statt: man darf alles ausfressen - man darf sich nur nicht erwischen lassen. Man darf zwar einerseits im Dienst nicht auffallen - man darf aber andererseits nach Dienstschluss die übelsten alkoholischen und sexuellen Exzesse begehen - Hauptsache, man ist bei Zapfenstreich wieder in der Kaserne. Die Vorgesetzten wenden meist wohlwollend ihre Blicke von dieser Seite des Soldatenlebens ab, weil sie die Notwendigkeit eines Ventils gegenüber dem straffen Dienst empfinden.

Tatsächlich wird der junge Mensch nirgendwo mit zynischeren - 5 -

Werturteilen über Fragen der Sexualsphäre konfrontiert als in der Zwangsgemeinschaft einer friedensmässigen Kaserne. Dagegen hilft vor allem eine einsichtige und mutige Erziehung vor der Dienstpflicht! Wir wollen nicht bestreiten, dass vom militärischen Gemeinschaftsleben auch positive pädagogische Wirkungen ausgehen können - die Gefährdungen aber erscheinen viel bedeutsamer. Ein Grund mehr, genau zu verfolgen, was in den Kasernen und vor ihren Toren innerhalb und ausserhalb des Dienstes geschieht, ein Grund mehr für allgemeine Wachsamkeit und öffentliche Kontrolle - ein Grund weniger für allgemeine Wehrpflicht. Die Lösung des Jugenderziehungsproblems muss man bei den 13 - 16 Jährigen suchen in <sup>den</sup> ~~den~~ <sup>Einflüssen</sup> ~~den~~ <sup>auf</sup> ~~den~~ <sup>diese</sup> Lebensjahre liegen die entscheidenden Faktoren. Dann ist auch das Wichtigste für die folgenden Jahre der Halbwüchsigen oder, wenn man absolut will, "Halbstarken" geschehen.

\* \* \*

#### Demokratisierung à la Pankow

E.2., Berlin

Seit der III. Parteikonferenz der SED, auf der vor fünf Monaten der Beschluss zu einer "breiten Entfaltung der Demokratie" gefasst wurde, ging in der Sowjetzone keine Funktionärbesprechung, keine Kundgebung vorüber, auf der nicht die "Einschaltung der schöpferischen Initiative der Masse" durch Errichtung von "wahrhaft demokratischen Volksvertretungen" angekündigt wurde. Jetzt hat die "Volkskammer" am 29. und 30. August durch Verabschiedung von zwei neuen Gesetzen diese "Demokratisierung" zu sanktionieren, nachdem der Ministerrat einen entsprechenden Entwurf der kommunistischen "Nationalen Front" geilligt hatte.

Was ist davon zu halten? Beide Gesetze - das "Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen" und das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht" - müssen als ein Versuch betrachtet werden, der Bevölkerung einen Abbau der Diktatur des SED-Staates vorzutauschen. Waren bisher die Gemeindevertretungen und Kreistage direkt den entsprechenden staatlichen Organen unterstellt, so sollen sie künftig von diesen unabhängig sein und die "Volkskammer" zum einzigen Weisungsorgan haben. Ein "Ständiger Ausschuss" der "Volkskammer" in Ostberlin wird für die "Anleitung und

Aufsicht der örtlichen Volksvertretungen" Sorge tragen, d.h. er wird, wie es in dem Gesetzentwurf niedergelegt ist, die Kontrolle über die Durchführung der Wahlen, die Arbeitsweise dieser "Parlamente", ihre Zusammenarbeit mit den Wählern durchführen und Anweisungen für deren Arbeit geben.

Die Kreistage und Gemeindevertretungen selbst sollen künftig, so heisst es, den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in ihren Gebieten leiten und in ihren Beschlüssen die örtlichen Bedürfnisse mit den gesamtstaatlichen abstimmen, die Verwirklichung der Massenkontrolle über die "Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane sichern, gegen bürokratische Erscheinungen kämpfen, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit sorgen, sowie den Haushaltsplan beschliessen. Diese Demonstration einer volksdemokratischen "Selbstverwaltung" wurde notwendig, weil der Bevölkerung gegenüber der Anschein erweckt werden soll, als ob das Pankower Regime jetzt bereit sei, einen Teil der Macht in die "Hände des Volkes" zu legen, und weil die Kreistage und Gemeindevertretungen, wie sie bis jetzt bestanden, ganz offen als Attrappen betrachtet wurden.

Die durch die neuen Gesetze sanktionierte "wahrhaft demokratische Entwicklung" bedeutet jedoch keineswegs eine Anerkennung von verschiedenen politischen Anschauungen. Wie sehr die "Demokratisierung" auf der untersten Ebene allein einer künftig besseren Durchsetzung der SED-Politik dienen soll, geht aus der Bemerkung eines hohen Berliner SED-Funktionärs auf einer Parteiaktivtagung hervor, "die SED müsse als führende Kraft im Staat in den Volksvertretungen eine bedeutende Transmission zu allen Schichten des Volkes besitzen."

Dies vorausgesetzt, ist es nicht verwunderlich, dass die neuen Gesetze den "Volksvertretungen" Aufgaben wie Sicherung der Verteidigungsbereitschaft, Stärkung der volkseigenen örtlichen Wirtschaft, Entwicklung von LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) und handwerklichen Produktionsgenossenschaften, Entwicklung neuer Wettbewerbs- und Neuerermethoden usw. zuteilen. Wenn die neuen "Volksvertretungen" künftig auch ausdrücklich die "Pflicht zur Wahrung der Rechte der Bürger" haben, wenn der "Ständige Volkskammerausschuss" Beschwerden der Volksvertreter bei einer Behinderung ihrer Tätigkeit durch Staatsorgane entgegennehmen soll, so soll damit lediglich der Eindruck erweckt werden, als ob künftig durch die Möglichkeit von Kritik und Beschwerden der Bevölkerung ein demokratisches Mitbestimmungsrecht gegeben würde. Dabei steht eindeutig fest, dass Kritik auch künftig nur an einer mangelhaften Durchführung der Gesetze und Verordnungen, niemals ab an diesen selbst geübt werden darf. Die nach wie vor in jeder "Volksvertretung" führende Gruppe der SED wird dafür sorgen, dass in den öffentlichen Sitzungen der "Volksvertreter" selbst bei Zulassung von Kritik die Diskussion stets in gelenkten Bahnen bleibt. \* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau